

Danziger Zeitung.



Nr. 19271.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Die Annahme der Handelsverträge.

Mit dem gestrigen Beschlusse des Reichstages haben nach den Bestimmungen der Verfassung die am 6. Dezember mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien abgeschlossenen Handelsverträge ihre Gültigkeit erlangt, und es bedarf jetzt nur noch der Ausfertigung und Verkündung derselben seitens des Kaisers, damit die Verträge am 1. Februar 1892 in Kraft treten. Der Vertrag mit der Schweiz ist noch nicht erledigt, es ist aber keine Frage, daß auch dieser bei Zeiten die Zustimmung des Reichstages erhalten wird.

Die Bedeutung dieser Verträge ist eine doppelte, eine politische und eine wirtschaftliche.

Die politische besteht darin, daß die an denselben beteiligten Staaten der Verbitterung, welche der seit 1878 geführte Zollkampf in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen hat, ein für alle mal ein Ende machen. Für die nächsten 12 Jahre haben die vertragsschließenden Staaten das wirtschaftliche Kriegsgefecht vergraben. In dem wirtschaftlichen Wettbewerb der Industrien hüben und drüben wird die staatliche Hand nicht mehr schärfend eingreifen.

Erheblicher ist die wirtschaftliche Bedeutung der Verträge. Eine lange Reihe von Handelsverträgen, welche in den letzten 10 Jahren maßgebend gewesen sind, tritt mit dem 1. Februar nächsten Jahres außer Kraft. Eine Anzahl Regierungen, wie Frankreich, Italien, Schweiz hatten sich mit Rücksicht auf den in Aussicht stehenden Kampf aller gegen alle mit einem doppelten Tarif versehen, einen Maximaltarif, der die höchsten, und einen Minimaltarif, der die niedrigsten, auf die meistbegünstigten Staaten anwendbaren Zollsätze enthält. Aber abgesehen davon, daß auch die Minimalsätze vielfach prohibitiv sind, hat die Meistbegünstigung keinen Sinn mehr, wenn Vertragstarife nicht mehr vorhanden sind. Deutschland hat das Weitergehen auf dem Wege einseitiger Tarifherabsetzungen abgelehnt, nachdem selbst die Regierung sich überlegte, daß eine Erweiterung des Absatzgebietes eine Lebensfrage für die deutsche Industrie sei. Die Regierung hat demnach, einer Anregung folgend, welche vor Jahren der Abg. Brömel im Reichstage gegeben hat, gleichzeitig mit den geographisch und politisch nahe liegenden Staaten Verhandlungen eröffnet, um die künftigen handelspolitischen Beziehungen auf dem Vertragswege zu regeln und soweit die beteiligten Interessen es ermöglichen, Vertragstarife festzusetzen, welche für die Dauer der Verträge nicht erhöht werden dürfen. Damit ist eine feste Grundlage für die Neuregelung der internationalen Handelsbeziehungen geschaffen, auf der weiterzubauen im gemeinsamen Interesse liegt.

Selbstverständlich ist das nur vermöge gegenseitiger Zugeständnisse möglich gewesen. Seit 1879 sind alle Tarifverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn an der Weigerung der Reichsregierung gescheitert, auf weitere Erhöhung der Getreidezölle zu verzichten. So war es 1881, so 1886. Nach Erhöhung der Kornzölle auf 5 Mark im Jahre 1887 wäre selbst eine Bindung der Zölle für Oesterreich-Ungarn kein Äquivalent gewesen. Wer einen Tarifvertrag mit dem Nachbarstaate wollte, mußte wissen, daß derselbe nur bei Ermäßigung der Zölle möglich war. Italien gegenüber spielte der Weinroll eine ähnliche Rolle, um so mehr, als Frankreich den Handelsvertrag mit Italien gekündigt und in dem neuen Tarif der Weineinfuhr aus Italien Schranken setzte. Italien mußte für seine Weine weitere Absatzgebiete suchen, um so mehr, als der italienische Weinbau noch immer erheblicher Ausbreitung fähig ist. Gleichwohl ist, um Frankreich von der Begünstigung auszuscheiden, der Zoll auf fertige Weine nur um wenige Mark, dagegen der Zoll auf Verschnittweine und gepresste Trauben sehr erheblich ermäßigt worden, zugleich in der Absicht, den deutschen Weinproduzenten gutes und billiges Material zu liefern und der Fabrikation künstlicher Weine ein Ziel zu setzen. Wie die ermäßigten Getreidezölle, und theilweise auch die ermäßigten Vieh- und Fleischzölle, werden auch die Weinzölle dem deutschen Consumenten zu Gute kommen. Die Ermäßigungen auf dem Gebiete der Industriezölle sind überall verhältnismäßig unerheblich.

Offenbar haben alle Beteiligten sich für weitere Verhandlungen, z. B. mit Frankreich, freie Hand vorbehalten. Erreicht aber ist die Sicherstellung gegen neue Erhöhungen und die von fast allen Handelskammern verlangte Stabilität der Tarife. So weit die Handelsverträge von den seit 1879 eingeschlagenen hochschutzzöllnerischen und agrarischen Wegen wieder ablenken, haben sie selbstverständlich entschiedene Vertheidigung seitens der Freijüngler, äußersten Widerstand seitens der Agrarier erfahren. Insofern ist die freijüngliche Partei rückhaltlos für die Zollpolitik des Reichskanzlers v. Caprivi eingetreten. Aus dem Eingeständnis des Reichskanzlers, daß die Schutzzölle und namentlich die Getreidezölle die erhoffte Wirkung nicht gehabt haben, zieht sie aber nicht den Schluß, daß man bei der jetzt erreichten Correctur stehen bleiben müsse oder dürfe.

Nach unserer Ansicht giebt es für die Regelung der Zollpolitik nur eine Richtschnur — die völlige Beseitigung der Zölle auf notwendige Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Verbrauchs. Aber das hindert uns nicht, das große Verdienst des Reichskanzlers anzuerkennen, der, obgleich schutzzöllnerischer Ansicht, mit großer Energie, mit bewundernswürdigem Geschick und mit fettem politischen Scharfblick den Reichswagen aus dem verfahrenen Bismarck'schen Geleise herausgeführt hat.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. Dezember.

Graf Caprivi.

Ueber die Theilnahme des Kaisers an der Einweihungsfeier des Teltower Kreishauses und die dabei erfolgte Veröffentlichung der Erhebung des Reichskanzlers v. Caprivi in den Grafenstand gehen uns heute noch folgende weitere Depeschen zu:

Berlin, 19. Dezbr. (W. L.) An der gestrigen Einweihung des Teltower Ständehauses (in der Victoriastraße) nahm der Kaiser mit dem Minister Herrfurth Theil. Bei der Festtafel erwiderte der Kaiser das von dem Landrath v. Stubenrauch ausgebrachte Hoch auf den Kaiser mit einer Rede, worin er sagte: „Am das heutige Fest beneiden uns sämtliche anderen Nationen der Welt. Der einfache Mann des Volkes kommt hier mit dem Herrscher zusammen wie ein Familienmitglied mit dem Familienvater. Ich hoffe, daß nicht nur die Landwirth, (speciell dieser Provinz), sondern meines gesammten Reiches die Empfindung haben werden, daß sie nach wie vor mit mir zusammengehen, daß wir mit einander arbeiten und mit einander fühlen und daß stets das alte hohenzollernsche Wort *sum cuique* auch im höchsten Maße auf die Landwirthschaft anzuwenden ist. Der Kaiser schloß mit einem Hoch auf den Kreis Teltow. Sodann folgte unmittelbar die Rede mit der Ankündigung der Ernennung Caprivis zum Grafen.

Berlin, 19. Dez. (W. L.) Bei der Einweihung des Teltower Kreishauses erfuhr der Kaiser die Annahme der Handelsverträge und brachte einen Toast auf Caprivi aus, in welchem er dessen Erhebung in den Grafenstand mittheilte. In seiner Rede sagte der Kaiser, das Ergebnis sei wesentlich dem hingebungsvollen Wirken des Reichskanzlers zuzuschreiben und fuhr fort: Ich glaube, daß der Abschluß der Handelsverträge für die Mit- und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse dasteht, und bin überzeugt, nicht nur unser Vaterland, sondern Millionen in den anderen Ländern des großen Zollverbandes werden den Tag der Annahme der Verträge segnen. Ich trinke auf das Wohl des Generals Grafen Caprivi. Er lebe hoch etc.

Dieser Vorgang steht heute im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Er bildet die Krönung des soeben vollendeten Vertragsgebäudes, wie sie markanter kaum gedacht werden kann. Als demonstrative Identifizierung der Befugnissen des Monarchen bezüglich der Handelsverträge mit denen des leitenden Ministers geht er weit über den Rahmen einer Titelverleihung hinaus. Das ganze Auftreten Caprivis, so selbstverständlich auch die stillschweigende kaiserliche Billigung zu demselben von vornherein war, erhält dadurch eine besondere feierliche Sanctionierung seitens der Krone. Die freundige Genugthuung, welche die Annahme der Handelsverträge mit überwältigender Majorität im ganzen Volke, einige wenige sich für geschädigt haltende Interessentengruppen ausgenommen, erweckt hat, wird dadurch nur verstärkt. Dieses kaiserliche Inseigel auf der Vertragsact, auf der Umkehr von den bisherigen Bahnen der Wirtschaftspolitik auf dem begonnenen Abbruch des Bismarck'schen Systems wird in der Geschichte unseres Vaterlandes weithin als ein Grenzstein leuchten und dem späteren Geschichtsschreiber zur charakteristischen Ueberschrift für eine neue Aera dienen.

Bismarck wurde nach den großen Erfolgen des Jahres 1866 zum Grafen, 1871 zum Fürsten ernannt. Unser jetziger Kaiser liebt es bekanntlich, seinen Großvater als sein Vorbild zu bezeichnen. Wenn er daher Herrn v. Caprivi jetzt in den Grafenstand erhob, so ist dies der beste Beweis für die große Bedeutung und Tragweite, welche er der Vollbringung der Handelsverträge durch Caprivi beimißt. Wie aber mag es heute im Außen des „Altreichskanzlers“ zu Friedrichsruh aussehen, der noch vor wenig Tagen mit aller Kraft seiner ehemals so allgewaltigen, jetzt aber, wie er sich wohl nachgerade überzeugen wird, nur noch historischen Persönlichkeit geharnischte Proteste gegen die Verträge losließ?

Ueber die gestrige Reichstagsitzung wird uns von unserem In-Correspondenten noch geschrieben:

„Die dritte Berathung der Handelsverträge, die nach der gestrigen Verabredung einen ruhigen Verlauf nehmen sollte, hat doch noch zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Reichskanzler und Herrn v. Kardorff geführt. Letzterer war allerdings heute ganz schlechter Laune. Soweit seine Rede nicht aus altbekannten Phrasen besteht, erging sie sich in Invektiven gegen diejenigen Parteien, die für die Handelsverträge eintreten. Endlich brachte der Redner auch noch eine junkelnagelneue Erklärung für das Vorgehen der Regierung, namentlich für ihre Bereitwilligkeit, die Getreidezölle herabzusetzen, und diese Erklärung bestand darin, daß sie sich durch die Agitation gegen die Getreidezölle habe ins Hochschorn jagen lassen und daß die Verträge nur die Maske seien, unter der sie ihre Nachgiebigkeit verborgen habe. Herr v. Kardorff hat wohl erwartet, daß diese Insinuationen den

Reichskanzler veranlassen würden, dem auf der conservativen Seite des Hauses schon seit einigen Tagen sehr lebhaft empfundenen Bedürfnis nach einer Abgabe Caprivis an die Adresse der Freijüngler zur Befriedigung zu verhelfen; aber die Wirkung, die er erzielte, war eine neue Enttäuschung. Herr v. Kardorff hatte schon im Eingange seiner Rede bemerkt, er habe sich neulich sehr gefreut, als Herr v. Caprivi von seinen Währungsstudien erzählt habe; das Weitere der Caprivi'schen Darlegung aber habe ihn sehr enttäuscht. Nach einer abfälligen Bemerkung über den ganzen Charakter der Kardorff'schen Rede entgegnete der Reichskanzler sehr spitz, er fürchte, es werde Herrn v. Kardorff noch öfter passieren, daß er durch seine Erklärungen enttäuscht werde. Und dann kam die neueste Enttäuschung gleich nach. Der Reichskanzler will es „nicht tragisch nehmen“, daß Kardorff den Regierungen andere Absichten unterziehe, als die amtlich dargelegten, weil es ja großen Parteien des Hauses — das bezog sich auf das Centrum und die Freijüngler; die Polen, von denen Herr v. Kardorff auch gesprochen, ließ der Reichskanzler bei Seite — ebenso ergangen sei. Und schließlich ironisirte der Reichskanzler Herrn v. Kardorff, daß er die politische Bedeutung der Mac Kinnon-Bill und des Panamerikanismus nicht erkannt habe. Angesichts dessen werde er vorläufig darauf verzichten, sich mit dem Herrn Abgeordneten über äußere Politik zu unterhalten.

Es ist das so ziemlich die schroffste Abfertigung, die wir bisher aus dem Munde des Reichskanzlers vernommen haben.

Herr Stöcker, der im weiteren Verlauf der Debatte zu Worte kam, fand es „nicht glücklich“, daß der Reichskanzler Herrn v. Kardorff „verächtlich“ behandelt habe; ob er die Art, wie Frhr. v. Suene nachher seine Ausführungen über Landwirthschaft und Getreidezölle — der frühere Herr Hofprediger hatte einmal von einem 10 Mark-Zoll sprechen hören — behandelte, sehr „glücklich“ fand, erfuhr man nicht; um über dieses Thema zu sprechen, meinte Frhr. v. Suene, müsse man mehr wissen, als man „auf Reisen“ lernen könne! Eine interessante Rede war diejenige, mit der Herr v. Hellborn als Sprecher der zustimmenden Conservativen die Debatte einleitete, weil er ein ganzes Programm von Maßregeln zum Schutze der Landwirthschaft entwickelte, bezüglich dessen er aus der Rede des Reichskanzlers (in der 1. Berathung) die besten Hoffnungen geschöpft habe. Dem Einstürmen der Arbeiter in die großen Städte soll Einhalt gethan, die Mißbräuche im Productenhandel abgestellt, das Erbrecht und die Verschuldung neu geregelt, vor allem aber das landwirthschaftliche Vereins- und Versammlungswesen gehoben werden u. s. w. Und alles das will Herr v. Hellborn aus der Caprivi'schen Rede herausgehört haben? Wenn er sich nur nicht irt! Daß schließlich auch noch zwei Antisemiten, Liebermann v. Sonnenberg und Bödel, Gelegenheit erhielten, das Interesse der Kornjuden und der Magnaten an den Verträgen zu illustriren, trug nur dazu bei, das Bild der Reinfager zu vervollständigen. Bei der namentlichen Abstimmung erklärten sich dann von den 67 Mitgliedern der conservativen Fraction ganze 37 gegen die Verträge, 2 enthielten sich der Abstimmung. Nein sagten auch einige Mitglieder der Reichspartei und der Nationalliberalen. Was vom Centrum mitstimmte gehörte zu der Mehrheit.

Also mit einer Fünf-Sextel-Mehrheit ist die Vorlage angenommen worden.

Ueber den Inhalt des neuen Volksschulgesetzentwurfes.

welcher dem preussischen Abgeordnetenhaus demnach unterbreitet werden soll, bringt die „Nordd. Allg. Zig.“ heute Abend an der Spitze ihres Blattes folgende anscheinend officiöse Angaben: „Bei den vorläufigen Besprechungen der Absicht, dem nächsten Landtage einen Volksschulgesetzentwurf vorzulegen, ist der Versuch hervorgetreten, auf die bezüglichen Einrichtungen in anderen deutschen Bundesstaaten zu exemplificiren und in Aussicht zu stellen, der neue Entwurf werde sich mehr an den einen und weniger an den anderen außerhalb Preussens bestehenden Zustand anlehnen. Dem gegenüber glauben wir verzeichnen zu können, daß der im Cultusministerium neu ausgearbeitete Entwurf sich in erster Linie und so viel wie möglich bemüht, die Bestimmungen der preussischen Verfassung Artikel 21 bis 26 in die praktische Wirklichkeit überzuführen. Es kann deshalb auch in keiner Weise die Rede davon sein, daß von der Bestimmung des Artikels 23 der Verfassungsurkunde auch nur um Haares Breite abgewichen werde, nach welcher alle öffentlichen und Privat-, Unterrichts- und Erziehungsanstalten unter der Aufsicht vom Staate ernannter Personen stehen.“

Besonders wichtig scheint, daß auf dem Gebiete der Volksschule mit Vertrauen den Organen der Selbstverwaltung, insbesondere den Gemeinden entgegenkommen werde. Es ist durchaus notwendig, die Selbstständigkeit der Gemeinden in dieser Beziehung zu betonen und damit deren Eifer für das Schulwesen zu heben, wie auch ihr Verantwortlichkeitsbewußtsein zu steigern. Auf den letzteren Punkt muß um so größerer Nachdruck gelegt werden, je mehr es in der Absicht liegt, jede Duplicität der Verwaltung möglichst fortzufallen zu lassen. Es heißt in der Verfassungsurkunde einfach: „Der Staat stellt, unter gesetzlich geordneter Theilnehmung der Gemeinden, aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.“ Bezeichnet es ein großes Maß von Entgegenkommen, wenn der Gemeindevorstand das Vorschlagsrecht hat, und die Schulaufsichtsbehörde an die Ernennung des Lehrers gebunden ist, so ergibt sich aus den anderen Vorschriften der Verfassung, nach welchen bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen sind, und daß den religiösen Unterricht in der Volksschule die betreffenden Religionsgesellschaften leisten, daß den letzteren auch im Gemeinde-Schulvorstand derjenige Einfluß sicher gestellt werde, welcher eine Erfüllung der verfassungs-

mäßigen Bestimmung zu verbürgen geeignet erscheint. Nachdem bereits der bestehende Zustand der ist, daß die Lehrpläne mit Zustimmung der Organe der Religionsgesellschaften eingeführt sind, sollen die letzteren auch vollständig frei sein in der Auswahl derjenigen Geistlichen und Lehrer, welche mit der Ertheilung des Religionsunterrichts betraut werden.

Besondere Schwierigkeiten macht, wie eigentlich selbstverständlich ist, die Regelung der Stellung der Lehrer. Es liegt im Juge der Zeit, daß diese Frage vielfach rein nach äußerlichen Gesichtspunkten beurtheilt und vollständig außer Acht gelassen wird, wie sich aus den Bestimmungen der Verfassung eine Reihe von Consequenzen ergeben, welche dem Lehrerstande ein sichereres, staatsrechtliches Fundament bieten, als es heute der Fall ist. Sie haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener, unterliegen als solche dem Disciplinargesetz von 1852. Damit ist ihnen die Garantie gegeben, daß sie nur wie alle anderen Beamten von ihrer Lehrerstelle entfernt werden können. Was aber ihr Dienstverhältnis betrifft, so liegt es in der Absicht der Staatsregierung, dem Lehrstand eine möglichst freie und unabhängige Stellung zu sichern und insbesondere das Verhältniß zwischen den einzelnen Lehrern und Gemeinden so klar zu stellen, daß Streitfälle zu den äußersten Seltenheiten gehören. Wird auch möglichsdahn gestrebt, daß eine allgemeine Norm gegeben werde für die Festsetzung des Einkommens, so sind doch selbst innerhalb einzelner Bezirke die Differenzen der ganzen Lebensführung so groß, daß es außerordentlich schwer erscheint, selbst für einen Regierungsbezirk ein Dienstverhältnis mit Sicherheit zu fixiren. Wie bekannt, haben in den letzten Monaten in allen Provinzen der Monarchie unter Theilnahme von Commissionsmitgliedern des Cultusministeriums Besprechungen stattgefunden, in welchen das Maß des Bedürfnisses der Lehrer in den verschiedenen Landesstellen einer gründlichen Erörterung mit den berufenen Vertretern der Selbstverwaltungsorgane unterworfen wurde, nachdem die Anstellung von Erhebungen innerhalb der einzelnen Gemeindeverbände vorhergegangen war. Es darf mit Sicherheit erwartet werden, daß in diesen Conferenzen Anhaltspunkte sich haben gewinnen lassen für die Aufstellung eines Befoldungsplanes, gegen dessen gerechte Tendenz Einwendungen schwerlich erhoben werden dürften. Wie bald derselbe demnach in Kraft treten kann, wird einmal davon abhängen, wie schnell sich das vorliegende Material wird bearbeiten lassen, und demnach davon, wie rasch dann die bezüglichen Vorlagen die Billigung der Landesvertretung finden werden.“

Dieser Entwurf eröffnet also dem Centrum die besten Aussichten. Der Herr Cultusminister will die Artikel 21—26 „in die praktische Wirklichkeit überführen“, den Organen der Selbstverwaltung, insbesondere den Gemeinden mit Vertrauen entgegenkommen; zugleich aber sollen die Religionsgesellschaften vollständig frei sein in der Auswahl derjenigen Geistlichen und Lehrer, welche mit der Ertheilung des Religionsunterrichts betraut werden. Damit werden dann die seit Monaten verbreiteten Gerüchte über den charakteristischen Inhalt des bedähtigen Entwurfs, der jetzt, wie es scheint, das Staatsministerium passiert hat, in aller Form bestätigt. Erfreulicher ist die Mittheilung, daß dem Landtage Vorlagen bezüglich der Aufstellung eines Befoldungsplanes der Volksschullehrer, aber, wie es scheint, unabhängig von dem Volksschulgesetz zugehen sollen. Aber von einer anderweitigen Regelung der äußeren Stellung der Lehrer ist nur insofern die Rede, als aus der Bestimmung, daß sie die Rechte und Pflichten von Staatsdienern haben, der Schluß gezogen wird, daß sie als solche dem Disciplinargesetz von 1852 unterliegen und demnach „nur wie alle anderen Beamten“ von ihrer Lehrerstelle entfernt werden können. Das ist immerhin eine Verbesserung.

„Hebung der wirtschaftlichen Zustände im Osten.“

Die „Pol. Nachr.“ schreiben: „Die Erörterungen über die Mittel, die wirtschaftlichen Zustände in den östlichen Provinzen, namentlich Ostpreussens, zu verbessern, dürften bereits in dem nächsten Staatshaushaltsetat zu praktischen Folgen geführt haben. Abgesehen von der Bereitwilligkeit der Mittel für eine größere Anzahl von Einzelanlagen und Unternehmungen, durch welche die wirtschaftlichen Verhältnisse jener Landesstelle gebessert werden sollen, wird dem Minister für Landwirthschaft eine Pauschalsumme zur Verfügung gestellt werden, durch welche er die Entwicklung der Landwirthschaft und der mit ihr zusammenhängenden Erwerbszweige praktisch fördern kann. Für die Bemessung dieser Summe ist, abgesehen davon, daß man bei neuen Aufgaben dieser Art mit kleineren Summen anfangen muß, um an der Hand der Erfahrung das dauernde Bedürfnis bemessen zu können, die derzeitige Lage der Finanzen entscheidend gewesen, welche es bedingt, sich bei allen nicht absolut notwendigen Ausgaben auf das äußerste Maß einzuschränken.“

Durch besondere Klarheit sind diese Bemerkungen freilich nicht gerade ausgezeichnet, und es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommen und welche Früchte die Studienreise des Herrn von Senden gezeitigt haben wird.

Unfallstatistik für die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Wie wir bereits vor einiger Zeit mittheilten, hatte das Reichs-Versicherungsamt in Aussicht genommen, eine Unfallstatistik für die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften, ähnlich der für 1887 bei den gewerblichen Genossenschaften veranstalteten, auf das Jahr 1891 in die Wege zu leiten. Ende Juli d. J. hatte deshalb das Reichs-Versicherungsamt an die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften die Aufforderung gerichtet, sich über ein Formular zu den der Statistik zu Grunde zu legenden Unfallfällen, welche den früheren gewerblichen Zahlkarten möglichst genau angepaßt waren, gutachtlich zu äußern. Die Gutachten sind inzwischen eingegangen und haben in allen wesentlichen Punkten zustimmend gelaute. Das Reichs-Versicherungs-

amt hat nunmehr die Fährkarten an die land-
wirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zur Aus-
füllung überhandt. Für jede Verleihe oder ge-
töbte Person, für welche im Laufe des Jahres
1891 Entschädigungen festgestellt sind, ist eine
Fährkarte auszufüllen. Der erstmaligen Ein-
sendung von Fährkarten wird im Reichs-Verkehrs-
amt zum 15. Februar 1892 entgegen-
gekommen.

Erbschaftsauflegung.

Wie schon erwähnt, verbreitet der „Rheinische
Courier“ das Gerücht, es sei im Abgeordneten-
haus ein Gesetzentwurf zu erwarten, durch welchen
die Erbschaftsauflegung in allen Fällen, auch
wenn überlebende Gatten und Kinder erben, ver-
fügt wird. Dadurch sollen Steuerhinterziehungen
aus Licht gebracht werden. Bekanntlich hatte die
Mehrheit der Commission des Abgeordnetenhaus,
welche das Einkommensteuergesetz vorbereitet
hat, eine entsprechende Bestimmung in den Ent-
wurf aufgenommen, welche indessen im Plenum
abgelehnt wurde, nachdem selbst Finanzminister
Miquel die Nothwendigkeit einer solchen Bestim-
mung bezweifelt hatte. Vor der ersten Selbst-
einschätzung eine derartige Vorlage anzukündigen,
kann nur den Zweck haben, unzuverlässigen
Steuerpflichtigen das Gewissen zu schärfen.

Amnestie für Tessin.

Wie aus Bern telegraphisch gemeldet wird, ist
gefern der Ständerath dem Beschlusse des
Nationalraths betreffend die Amnestie für den
wegen Wahlvergehen bei den Wahlen zum tessi-
nischen Großrath vom Jahre 1889 Angeklagten
einstimmig beigetreten. Der vor den Bundes-
rath anhängige Prozeß ist somit niederge-
schlagen. Auch die Bundesversammlung ge-
nehmigte einstimmig alle vom Bundesrath in der
Tessiner Angelegenheit gefassten Beschlüsse.

Zum bulgarisch-französischen Conflict.

Die Petersburger „Novoje Wremja“ giebt in
einer Besprechung des Conflictes zwischen Bul-
garien und Frankreich der Meinung Ausdruck,
daß das Recht auf Seiten des letzteren sei, indem
sie die principielle Wichtigkeit der Respecting
der Capitulationen betont. Wenn Frankreich
nachgäbe, so würde es einen in Ägypten gefähr-
lichen Präcedenzfall schaffen. Das Blatt meint,
Frankreich werde sich nicht auf die Abberufung
seines diplomatischen Vertreters in Sofia be-
schränken können, und nimmt an, daß der fran-
zösische Botschafter in Konstantinopel, Cambon,
dem Sultan nicht die Nothwendigkeit verheißt
habe, daß die französische Regierung noch weiter-
gehende Maßnahmen ergreife.

Man heßt also von der Newa her die Fran-
zosen an, thätlich vorzugehen. Wie bequem wäre
es auch für die Russen, wenn ihnen die guten
Freunde an der Seine die bulgarischen Raftanen
aus dem Feuer holen wollten. Bis das geschehen,
kann ist es freilich noch ein weiter Weg.

Wie man in den politischen Kreisen Berlins
über diese Streitfrage denkt, erhellt aus einem
Berliner Briefe der „Polit. Corresp.“, worin es
heißt:

Die Haltung des diplomatischen Vertreters
Frankreichs in Sofia gegenüber der Ausweisung
des Journalisten Chabourne hat hier allgemein
überrastet. Der Genannte hat durch Veröffentlichung
sensationaler Nachrichten, die sich in den
meisten Fällen als vollständig erfunden erwiesen
haben und die augenscheinlich darauf hinstreben,
die bulgarische Regierung zu verächtlichen und
herabzusehen, eine gewisse, nicht gerade be-
denkenswerthe Notorietät erlangt; namentlich
dürften noch die dreiste Erfindung eines Toastes,
den der Prinz Ferdinand auf macedonischem
Gebiete ausgebracht haben sollte, sowie die Schauer-
geschichten von den Martern, welche Gefangene
in bulgarischen Gefängnissen erduldet hätten, in
vieler Gedächtnis sein. Demgegenüber hat die
Regierung in Sofia nur von einem Rechte
Gebrauch gemacht, das eine jede Regierung einer
jeden anderen einräumt, indem sie einen Fremden,
der die bulgarische Gastfreundschaft auf das größ-
tenteils mißbrauchte, ausgewiesen hat. — Eigen-
thümlich erscheint es schon, daß die diplomatischen
Vertreter Frankreichs in Sofia sich überhaupt
für einen Landmann von solchem Kaliber ver-
wenden konnten, aber eine vollständige Identifi-
cierung mit einem ausgewiesenen Publicisten, wie
sie die französische Vertretung in dem vor-
liegenden Falle für gut befunden hat, ist wohl
noch niemals dagewesen, und man kann sich die-
selbe nicht anders erklären, als indem man darin
ein Bemühen französischerseits erblickt, sich ihren
russischen Freunden auf politischem Gebiet ange-
nehm zu machen, nachdem dies auf finanziellem
so schlecht gelungen ist.

Reichstag.

144. Sitzung vom 18. Dezember.

Dritte Lesung der Handelsverträge.

Abg. v. Kellner (cons.) wird für seine Person für
die Verträge stimmen und hält die Zollpolitik, welche
die Regierung mit den Verträgen eingeschlagen hat, im
ganzen für richtig und nöthig. Das Schutzsystem
war seiner Zeit nothwendig angefaßt der Wirkungen
des Eisenbahnwesens, aber ohne Verkehr, ohne Aus-
tausch mit anderen Völkern können wir auch nicht
leben, nur muß das richtige Maß eingehalten werden.
Wir müssen Schutzölle haben und behalten, aber ihr
Bestand ist erst gesichert, wenn wir sie maßvoll zu ge-
stalten verstehen. Ich halte die Gefahr für die Land-
wirtschaft bei diesen Verträgen nicht für so groß wie
ein Theil meiner Freunde. Hr. Richter hofft, daß mit
den Agrarölle auch die Industrieölle fallen müßten;
aber den Fällen thun wir ihm nicht. Redner ver-
traut dem Reichskanzler, welcher der Landwirtschaft
auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu Hilfe zu kommen
versprochen hat. (Beifall rechts.)

Abg. Cetoja (Centr.) weist darauf hin, daß die ober-
schleifische Eisenindustrie leide unter den hohen Kohlen-
preisen und spricht die Befürchtung aus, daß die Er-
mäßigung der Eisenölle lediglich den Oesterreichern,
nicht den Deutschen zu gut kommen werde.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) Es besteht im Publikum
die falsche Meinung, als wenn unsere Handelsverträge
am 1. Februar 1892 ablaufen und wir uns in einer
handelspolitischen Zwangslage befinden. Das ist nicht
wahr; durch stillschweigende Verlängerung liegen unsere
Verträge fort. Wir hätten also autonom unseren Tarif
entwickeln können, und ich glaube, wir hätten dann
eine bessere Stellung gehabt. Ein so eingehender Handels-
vertrag ist noch niemals ohne gemeinschaftliche Berathung
erledigt worden. Wenn es so dargestellt wird, als ob
es sich um ein Vertrauensvotum für die Regierung
handelt, so muß ich das zurückweisen; ich stimme lediglich
nach meinen wirtschaftlichen Überzeugungen. Die
Mehrheit stimmt nach ganz verschiedenen Motiven für
die Verträge. Die Nationalliberalen haben erheb-
liche Bedenken, für sie ist das politische Moment
entscheidend; die Polen und das Centrum würden aus
wirtschaftlichen Gründen wohl am liebsten gegen die
Verträge stimmen (Widerspruch im Centrum), aber aus

parthei politischen Gründen unterstützen sie die Regierung;
die Deutschhannoveraner sehen darin eine Rückkehr zu
den Zeiten des alten Bundestages. Ich nehme an, daß
die Regierung eine Agitation gegen die Verträge
beständete, die wesentlich der Socialdemokratie genützt
hätte. Ein Antrag auf Ermäßigung hatte im Reichs-
tage keine Aussicht; deshalb berolligte man den Bundes-
genossen diese Ermäßigung in den Verträgen und stellte
so den Reichstag vor eine vollendete Thatsache. —
Redner geht dann die Schädigungen durch, welche er
in der Annahme der Verträge sieht, und weist auf die
Doppelwährung (aha) als einzige Rettung hin.

Reichskanzler v. Caprivi bebauert zunächst, daß der
Borredner von der gestrigen (blühenden) Tendenz, die
Verhandlungen nicht in die Länge zu ziehen, zurückge-
kommen ist. Der Borredner klagte, daß er durch
Aussagen von mir enttäuscht worden wäre. Nach
dem, was ich bis jetzt von dem Hrn. Abg. v. Kardorff
gehört habe, muß ich zu meinem Bedauern gestehen,
daß ich die Befürchtung habe, ich werde ihn noch
öfter enttäuschen. (Hört! hört! links.) Er unterstellt
dann den verbündeten Regierungen Motive, die diese
weder in der Denkschrift, noch in den Äußerungen,
die hier gefassten sind, jemals dargelegt haben. Ich
spreche dem Hrn. Abgeordneten jede Berechtigung
hierfür ab. Ich nehme dies Schicksal aber nicht tragisch,
weil die verbündeten Regierungen es mit einer großen
Menge von Parteien im Hause theilen (sehr richtig),
welchen er ebenfalls Motive unterstellt hat, von denen
ich bisher nichts gehört habe. (Sehr richtig) Der Hr. Abg.
schadet damit weder der Sache, noch den verbündeten
Regierungen, noch den Parteien. Ich glaube also auch
hierüber leicht hinweggehen zu können. (Sehr laut)
In dem Theil seiner Rede, in welchem er die aus-
wärtige Politik berührt und abfertigt, hat er ge-
äußert, er erkenne in der Mac Kinley-Bill keine
politische Action. Wenn er in der Mac Kinley-Bill
keine politische Action erkennt, so erkennt er auch in
dem Panamerikanismus keine politische Action, und
wenn das der Fall ist, werde ich so lange, bis dem
Hrn. Abgeordneten diese Erkenntnis gekommen sein
wird, darauf verzichten, mich über äußere Politik von
dieser Stelle mit ihm zu unterhalten. (Lebhafter Bravo,
Heiterkeit.)

Abg. Müller (nat.-lib.) erklärt noch einmal, daß die
Nationalliberalen, trotz mehrfacher Bedenken, den Ver-
trägen zustimmen, die den status quo ohne zu große
Verluste retten sollen, und jedenfalls den Zollkrieg
aller gegen alle verhindern werden.

Abg. Bebel (soc.): Das Charakteristische an den
Verträgen ist, daß Industrie und Landwirtschaft nicht
mehr wie bisher gemeinschaftlich über die Con-
sumenten herfallen, sondern nun einander in die Haare
gerathen sind und das schöne Einverständnis zwischen
ihnen dauernd zerstört ist. Das ist auch angefaßt der
von einander verschiedenen Lebensbedingungen von
Landwirtschaft und Industrie nur natürlich. Aber so
lange jene und diese Hand in Hand gegangen sind,
haben sie das Ausbeutungssystem gemeinschaftlich be-
trieben. In welcher Weise das geschehen, zeigen u. a.
heute die hohen Kohlenpreise, unter denen alle übrigen
Industrien und das ganze Volk leidet. Und gerade
dieser Ausbeutung könnte der Staat, wenn er nur
wollte, sehr gut abhelfen, verfügt er doch selbst über
große Kohlengruben in Schlefien und an der Saar.
Wohin diese staatliche Unterstützung kapitalistischer
Interessen führt, zeigt die ganze gegenwärtige unglückliche
Erwerbslage. Und die Arbeiter hauptsächlich sind es,
die durch dieselbe benachtheiligt werden. Prinz Caroloth
hat nicht zu viel gesagt, wenn er von freunden und
hungernden Arbeitern gesprochen hat; denn thätlich
belaufen sich die Frierenden und Hungernden schon auf Hun-
derttausende. Und die theuren Nahrungsmittelpreise ver-
schlimmern diese Nothlage der Arbeiter. Und zu
weissen Gunsten erhält man die Lebensmittel durch die
Zölle so hoch im Preise? Zu Gunsten der Großgrund-
besitzer. Man hat früher gesagt, die Zölle seien nöthig,
um die Getreideproduction zu steigern, nun — die
Ackerfläche in Deutschland ist heute so wenig, wie vor
dem Fünfmark-Zoll im Stande, den Bedarf für unsere
Bevölkerung zu liefern. Der Weizenbau hat zwar
etwas zugenommen, der Roggenbau aber seit 1885 um
125 000 Hectare abgenommen! Sehr erheblich zuge-
nommen hat dagegen der Zuckerrübenbau um 250 000
Hectare, und diese Zunahme dient vermöge der
Zuckerausfuhrprämie hauptsächlich dazu, dem Aus-
lande billigen Zucker zu liefern. Nicht zur Versorgung
des Inlandes dienen also die Zölle, sondern zu der
des Auslandes. Das ist um so schlimmer angefaßt,
der zunehmenden Bevölkerung. Was fallen muß,
sind also zunächst die Getreidezölle, die nicht mehr
12 Jahre dauern dürfen; das Uebrige wird nach-
folgen. Ueberdies hat die Landwirtschaft selbst
ja auch keine Vortheile von den Zöllen ge-
habt, klagt sie doch selbst, namentlich über die Sachsen-
gänger. Ursache derselben ist selbstverständlich in
erster Linie die schlechte Behandlung der Landarbeiter.
Das Verhältnis der Arbeiter zu den Grundbesitzern ist
nach wie vor viel mehr dasjenige von Leibeigenen zu
ihrem Herrn, als dasjenige freier Männer. Die
steigende Auswanderung trifft deshalb hauptsächlich
diejenigen Bezirke, die der Wohnsitz der Hauptagrarier
sind. Darin hatten die Agrarier Recht, daß das
Wohlbefinden der Menge davon abhängt, wie die
agrarischen Zustände beschaffen sind. Aber gerade aus
diesem Grunde muß die erste Maßnahme sein Auf-
hebung der Kornzölle und Schaffung einer Produktions-
form, welche zu einer ausreichenden Versorgung der
Menge mit Brod führt. Der Reichskanzler will alle
Maßnahmen darauf hin prüfen, ob sie gegen die
Socialdemokratie nützen oder nicht. Nun, diese
Handelsvertragsfrage hat mit dem Gesichtspunkte, ob
der Socialdemokratie dienlich oder nicht, gar nichts zu
thun. Der beste Beweis dafür ist, daß meine Partei
diese Verträge annimmt. Aber schaden werden sie der
Socialdemokratie nichts. Sie begrüßt vielmehr die
Verträge als eine Art Selbstmord des gegenwärtigen
Systems, in der Überzeugung, daß wir „unaufhaltsam
unserem Ziele, der Umgestaltung der gegenwärtigen
Gesellschaftsordnung entgegengehen.“

Abg. Barth (freil.): Wir sind weit entfernt, die
wirtschaftliche Bedeutung dieser Verträge zu über-
schätzen, aber acceptiren selbst das kleinste Gute in
diesem, weil sie mit der bisherigen Handelspolitik des
Fürsten Bismarck vollständig brechen. Wenn selbst
eine so schutzöllnerische Regierung wie diese, ein so
schutzöllnerischer Reichskanzler wie dieser, bei der
objectiven Betrachtung der gesammten politischen und
handelspolitischen Lage unseres europäischen Erdtheils
zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Bismarck'sche
Handelspolitik mit den vitalen Interessen unseres
eigenen Vaterlandes nicht in Einklang zu bringen ist,
und wenn 2/3 des Reichstages, wenn auch zum Theil
mit saurer Miene, gezwungen sind, dieser Politik zu-
zustimmen, so dürfen wir auch hoffen, daß diesem
ersten Schritt bald weitere folgen werden. Daß die
Oesterreich-Ungarn gewährten Zollconcessionen nicht
mit dem Interesse Deutschlands vereinbar, ist
grundfalsch. Oesterreich führt jetzt schon mehr
Roggen ein als aus, und an Weizen wird es in
wenigen Jahren auch mehr ein- als ausführen.
Für das Inland ist die Zollherabsetzung insofern von
Bedeutung, als demnach eine weitere wird eintreten
müssen. Als der neue Zolltarif gemacht wurde,
sträubten sich die Vertreter von Baiern, Sachsen, Thür-
ingen, Baden und den Hansestädten schon gegen den
1 Mk.-Zoll im Interesse der Ernährung des deutschen
Volkes, um so mehr dürfen wir jetzt erwarten, daß die
weitere Abmilderung des Zolles in verhältnismäßig
kurzer Zeit eintreten wird. Er liegt nicht im wahren
Interesse der Landwirtschaft, nicht sie, nicht das Ge-
werbe, sondern der Großgrundbesitzer hat ein Interesse
an seiner Aufrechterhaltung. Die Pächter haben gar
kein Interesse daran, daß die Preise von Grund und
Boden durch die Zölle künstlich steigen. In England
hat sich nach Beseitigung der Getreidezölle das land-
wirtschaftliche Gewerbe außerordentlich entwickelt.
Das freihändlerische England hat die besten
wirtschaftlichen Verhältnisse von allen Ländern der
cultivirten Welt, sogar mit Einschluß der Vereinigten
Staaten. Amerika kann eine Reihe von gesetzgebe-

rischen Thorheiten auf wirtschaftlichem Gebiet er-
tragen, ohne daß es ihm gleich an Holz und Aragen
geht. Sobald aber wieder die freihändlerische Richtung
die Oberhand gewinnt, wird es noch mehr erleiden
und uns eine ungeheure Konkurrenz machen. Um sie
zu bestehen, müssen wir unsere Schutzölle aufgeben.
Eine mitteleuropäische Zollunion ist der unglücklichste
Gedanke, den es giebt, denn man verpflichtet sich dabei
nicht, über einen gewissen Zollfuß im Lande nicht
hinauszugehen, sondern man übernimmt dritten Staaten
gegenüber eine schutzöllnerische Verpflichtung. Eine
solche Zollunion würde sich gegen die Vereinigten
Staaten, Rußland und England kehren und uns eine
unhaltbare Situation schaffen. Mit diesen Verträgen wird
den schutzöllnerischen Velleitäten ein Riegel vorgeschoben
und eine wenn auch nur gemäßigtere freihändlerische Ent-
wickelung angebahnt. (Hört! rechts.) So wird auch
ein wichtiger socialer Friede herbeigeführt. Das
Schutzölssystem ist weiter nichts als eine Besteuerung
der Arbeit zu Gunsten des Kapitals. Ich bin über-
zeugt, daß, wenn die Regierung morgen käme und
sagte, wir haben uns überzeugt, daß die Getreidezölle
nicht mehr aufrecht zu erhalten sind, und wenn das
Gespenst der Auflösung vor uns stände, eine sehr starke
Mehrheit hier im Reichstage dafür wäre. (Unruhe
rechts.) Keine Volksvertretung ist im Stande, einem
solchen Vorgehen der Regierung gegenüber Widerstand
zu leisten, und darum ist mir auch um die frei-
händlerische Zukunft unseres Vaterlandes nicht bange.
(Beifall links.)

Abg. Stöcker (cons.) beklagt die überfüllte Erle-
digung der Handelsverträge und den Abschluß derselben
auf volle 12 Jahre. Erhöht das 5 Mark-Zoll haben wir
so billige Getreidepreise gehabt, wie nie zuvor. Auch
der Landwirthschaft hat derselbe genützt, ihren Ruin
aufgehalten, die Moorcultivirung gefördert. Aber freilich
bedarf es, um diesen Nutzen nicht nur vorübergehend
sein zu lassen, eine Dauer der hohen Zölle. Auf die
Arbeiter haben die Zölle gewirkt, sie haben höhere
Löhne bezogen. Freilich wandern Arbeiter aus, aber
nicht deshalb, weil sie nichts verdienen, sondern weil
sie so viel haben ersparen können, um die Auswan-
derungskosten zu bezahlen. (Gelächter links.) Die
empörende Art, in welcher Bebel von der Leibeigen-
schaft der ländlichen Arbeiter gesprochen hat,
weise ich zurück. (Vizepräsident Graf Ballestrem
erklärt den Ausdruck „empörend“ für un-
zuträglich.) Die wahre geistige Schlägerei herrscht
bei den Socialdemokraten. Die Schutzöll-Aera ist
nicht vom Fürsten Bismarck gewaltsam eingeführt,
sondern die Regierung hat damit noch viel zu lange
gewartet. Man hat schließlich dem Nothschrei der
brodlosen industriellen Arbeiter der Eisenindustrie nach-
geben müssen. Landwirtschaft und Bebel sind aller-
dings zwei verschiedene Dinge. Wir wollen aber nicht,
daß unsere erbeingelassenen Grundbesitzer ihre Güter
räumen müssen, und die Herren Cohn, Wolff und
Conforten einziehen (Heiterkeit rechts). Wir kämpfen
nicht für den landwirtschaftlichen Bebel, sondern für
die Natur des deutschen Volkes (Beifall rechts). Frei-
sinnige und Centrum, die jetzt die Herrschaft im Reichs-
tage führen, unterstützen jetzt die Regierung und opfern
auch ihre Ueberzeugung. Ich zweifle aber, ob sie
später, wenn die Verträge angenommen und die Zölle
herabgesetzt sind, ebenfalls der Regierung folgen werden.
Mich schreckt nicht so sehr der Vertrag an sich,
als vielmehr die Motive, die dazu vorgebracht werden,
und die Mühsal, mit der sie von der linken Seite be-
gleitet werden. Wir stehen heute am Scheidewege.
Deutschland ist das vom socialen Umsturz am meisten
ausgewählte Land der Erde. Wenn man das Pro-
gramm aufstellt: Deutschland wird Industriestaat, so
cultivirt man die Wurzel des Umsturzes. Die industrielle
Entwicklung führt uns immer tiefer in den socialen
Abgrund und in einen Zustand, wo die Vaterlands-
liebe nicht herrscht. Der Bebel erhält die Vaterlands-
liebe, wer einen kleinen Bebel hat, geht von seiner Scholle
nicht so leicht weg, und ich bitte die Großgrundbesitzer
darauf ihre Aufmerksamkeit zu richten, daß viel mehr
Leute seßhaft gemacht werden. Heute handelt es sich
nicht bloß um politische, constitutionelle Interessen,
heute stehen die wirtschaftlichen Interessen im Vorder-
grunde. Damit eine Nation nach außen wirke und
ihre Bundesgenossenschaft werthvoller erscheine, müssen
ihre Bürger zufrieden sein und ihre Regierung eine
kräftige Politik nach außen machen, dann kann sie
thun, was sie will. (Beifall rechts.)

Abg. v. Rosciolski (Pole): Die Polen stimmen nicht
lediglich aus politischen Gründen für die Anträge. Wir
sind überzeugt, daß die Zollermäßigungen keine erheb-
liche Gefahr mit sich bringen und daß ein erweitertes
größeres Wirtschaftssystem geschaffen wird, wodurch
etwa entstehende Schäden ausgeglichen werden. Wenn
man uns früher für Reichsfeinde erklärte, so wünsche
ich dem deutschen Reich zu Weihnachten recht viele,
aber nur solche Reichsfeinde, wie wir es sind.

Abg. v. Frege (cons.): Namens meiner politischen
Freunde aus meinem engeren Vaterlande Sachjen er-
kläre ich, daß wir trotz schwerer Bedenken gegen die
Verträge stimmen müssen, und zwar noch mehr aus
industriellen, als aus agrarischen Gründen.

Abg. Richter: Der Abg. v. Kardorff brachte eine Be-
merkung über die Wahrheitigkeit der „Freil. Zig.“
vor. Er gehört zu den politischen Gegnern, die, wenn
ihnen die sachlichen Gründe ausgehen, und das passiert
ihm besonders häufig, die Person des Gegners hinein-
ziehen suchen. Der Abg. v. Kardorff ist persönlich
und menschlich in meinen Augen ein solcher, daß ich in
der Anerkennung seiner Respectabilität nicht weiter
gehe, als ich durch die Geschäftsordnung des Hauses
dazu gezwungen bin. (Vizepräsident v. Ballestrem
bittet den Redner nicht bis an die äußerste Grenze
desjenigen zu gehen, was die Geschäftsordnung noch
zuläßt.) Ich gestatte mir nicht mehr, als der Abg.
v. Kardorff in einer ähnlichen Bemerkung
sich gestattete. Der Abg. Stöcker hat so eine all-
gemeine christlich-socialen Rede gehalten, wie er sie auf
seinen vielen Reisen zu halten pflegt. Wenn man
die Probe machen wollte und den Reichstag
auflöste, so würde der Abg. Stöcker im Sieger
Wahlkreis zur Wahl nicht einmal mehr aufgestellt
werden. Er ist ja überhaupt nur auf den Rücken
dreier Parteien her ins Haus gekommen (Heiterkeit),
und er wäre überhaupt nicht emporgekommen, wenn
Fürst Bismarck nicht einmal ein Interesse gehabt
hätte, auch einmal einen solchen Mann emporkommen
zu lassen. Mit dem Schwinden des Fürsten Bismarck
schwand auch sein Einfluß, und heute kann er es ja
nicht einmal dazu bringen, auch nur von seinen nächsten
Freunden in den Synodenvorstand gewählt zu werden.
(Beifall links.) Vizepräsident Graf Ballestrem: Ich
glaube, daß die Generalprobe nicht hierher gehört.
Daß die Auswanderer nicht die ärmsten Leute seien,
sondern doch noch das Geld zur Ueberfahrt und Ein-
richtung haben, ist kein Originalgedanke des Abg.
Stöcker, sondern vom Fürsten Bismarck schon ausge-
sprochen, aber was dem Jupiter paßt, findet sich nicht
eben autoritativ in dem Munde des Abg. Stöcker
wieder. (Heiterkeit.) Abg. Stöcker meint, die seßigen
Gutsbesitzer interessieren uns nicht so, wie die Cohn
und Wolff; warum nicht wie Maß und Meier? Alle
diese interessieren uns nicht um ihrer Personen
willen, aber eben so wenig interessieren wir uns für die
Sprudelwirth und Strudelwirth, sondern wir wollen, daß
nur solche Land besitzten, die es rentabel zu bewir-
thschaften verstehen, und das verstehen Bürgerliche,
die etwas gelernt haben, oft mehr als die Sprudelwirth
und Strudelwirth. Ich protestire gegen die Darstellung
des Abg. Stöcker, als ob die Landwirtschaft nicht
einmal ihre Schulden verjinsen könnte, und gegen die
darin liegende Creditwürdigung der Landwirtschaft.
Richtig ist, daß die Arbeiter durch ein Stückchen
Grundbesitz im Lande festgehalten werden. Sollen die
Leute aber kleinen Grundbesitz erwerben können, so
müssen die Leute doch auch das Geld zum Erwerb
haben, die ihnen nur Schaden bringen, und schon darum
sind wir gegen diese Zölle, die nur den Grundbesitz
und das Großkapital künstlich stützen sollen. (Lebhafter
Beifall links.)

Abg. v. Huene (Centr.): Dem Abg. Stöcker erwidere

ich, daß man, um über Landwirtschaft mitreden zu
können, doch etwas mehr Kenntniß besitzen muß, als
man sich auf Reisen erwirbt. Wenn wir in dieser
Frage mit den Freisinnigen zusammengehen, so ist das
nicht eine politische Uebereinstimmung. Wir stimmen
für die Verträge, weil der Zollfuß in ihnen besteht
bleibt, die Freisinnigen, weil sie die Verträge als
ersten Schritt zur Abbrückelung des bisherigen
Systems erkliden. Wenn Hr. v. Kardorff so thut, als
ob wir bei unserem Votum für die Verträge unsere
vaterländischen Interessen aufgeben, um Oesterreich
zu unterstützen, so müssen wir uns ein für alle Mal ver-
bitten, daß man uns solche Motive unterstellt. Wir
haben unseren Entschluß für die Verträge nicht leicht
gefaßt, aber wir glauben es dem Lande und dem An-
sehen unserer Regierung schuldig zu sein. (Beifall im
Centrum.)

Abg. Graf Frey erklärt im Namen der Mehrheit
der Reichspartei, daß sie für die Verträge stimmen wird.
Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) erhält
unter großer Unruhe des Hauses das Wort; da er auf
seinem Platze in der äußersten Ecke des Saales bleibt,
so ist er auf der linken Seite nicht verständlich, so daß
dort die Unterhaltung fortbauert und der Präsident
mehrfach zur Ruhe mahnen muß. Redner erhebt Protest
gegen die überhäufte Berathung; er erkennt nicht an,
daß die politischen Motive für die Verträge ausreichend
sind. Die Landwirtschaft hat man mit den Kosten be-
lastet, ohne sie zu befragen, während man die Börse
und die Industrie immer erst befragt. An der Vater-
lands- und der Parteiliebe zweifle ich nicht; die Social-
demokraten kann man wohl ausnehmen, Hr. Stadt-
hagen hat ja selbst erklärt, daß ihm das Wort Vater-
land in seinem Munde seltsam vorkomme; das ist be-
greiflich, denn er gehört ja zwei Internationalen an, der
jüdischen und der revolutionären. (Heiterkeit.) Die
Unterstützung des Centrums ist wohl aus kirchenpoli-
tischen Motiven entsprungen, die Freisinnigen werden
auch ihre Gründe haben. Gegner der Verträge sind
nur die Freunde der Landwirtschaft. Die Getreidezölle
vertheuern die Lebensmittel nicht; wenn der Zwischen-
handel weniger verdient, wäre das kein Unglück. Den
Hauptvortheil ziehen die Kornproduzenten, da wäre es
besser, die Völkler ringen im Blut mit einander. Es ist
so viel von der regis voluntas die Rede gewesen. Es
wäre zu wünschen, daß hinter dem starken hölzernen
Willen einmal ein Ministerium der rechten That stände,
das den Staat juristisch von dem Abgrunde, an dem er
sich befindet.

Abg. Petri (nat.-lib.) erklärt sich aus politischen
Gründen für die Verträge.
Damit schließt die Debatte.

Abg. v. Kardorff (persönlich): Die Erklärung des Abg.
Richter kann mich nur ehren, sie wird mich nur
populärer machen. Der Reichskanzler hat mir gegen-
über eine große persönliche Geringschätzung zu erkennen
gegeben. Aus den Debatten wird er erhellen, daß auch
mir eine Tonart zu Gebote steht, die ihn nicht ange-
nehm berühren würde. Ich verzichte darauf, in diese
Tonart zu verfallen, damit nicht bloß der Reichskanzler,
sondern auch das Haus weiß, daß ich die Dinge nicht
aus persönlichen Rücksichten behandle, sondern sachlich.

Abg. Richter: Auf die Anerkennung in den Anreden,
in welchen Hr. v. Kardorff angeblich populär ist, ver-
zichte ich.

Es wird nunmehr zur Specialberathung des
österreich-ungarischen Handelsvertrages übergegangen;
die ersten beiden Art. werden ohne Debatte ange-
nommen und dann der Art. 3 mit dem Ganzen, in der
Anlage desselben stehenden Zolltarif zu Debatte gestellt.

Abg. Richter (freil.): Aus Chemnitz übersendet man
mir einige Wollwaaren, um darzulegen, in welcher
Weise die österreichischen Zollbeamten zum Schaden
unserer Industrie solche Waaren interpretiren. Hier
auf diesem wollenen Handtuch sind drei ganz kleine
Linien von Halbseide und darum wird der Handtuch
als halbseidener verpöht. Dieser Handtuch hier hat
einen kleinen Beßel von Beßel und wird als Beßel
verpöht. Dieses Verfahren ist erst neuerdings durch
besondere Instructionen bei den österreichischen Zoll-
beamten eingeführt. Ich fürchte, daß unsere Beßel
es ebenso machen und daß sogar die österreichischen
unserem Beßel nachgekommen sind, und möchte
bitten, ein solches Verfahren zu ändern.

Abg. Graf Kanitz (cons.): Was sollen die Zollbeamten
anders machen, wenn die wollenen Handtücher halb-
seidene Fäden haben? Hr. Cetoja erwidere ich, daß
die hohen Kohlenpreise künstlich durch die Kohlenver-
kaufsvereine hervorgerufen werden.

Abg. Richter: Es ist charakteristisch, wie Graf Kanitz
sich gegen meine Bitte zu Gunsten eines Theiles der
deutschen Industrie ausspricht. Ich habe doch nur bei
den österreichischen Zollbeamten eine Aenderung zu unseren
Gunsten gewünscht.

Abg. Graf Kanitz: Bei der Unruhe im Hause habe
ich Herrn Richter mißverstanden. Ich glaube, er be-
schwört sich über unsere Zollbeamten.

Abg. Leuschner (Reichsp.) befreit, daß die Kohlen-
preise künstlich erhöht sind. Die Kohlenverkaufsver-
eine hätten nur die Preisstabilität in gewissen Grenzen
gehalten.

Abg. Böckel (Antisem.): Wir bedauern im Interesse
der Landwirtschaft, daß die Regierung ihre bisherigen
Bahnen verlassen hat. Der Reichskanzler hat gesagt,
die Zölle sind herabgesetzt worden, weil die wachsende
Agitation gegen die hohen Kornzölle eine Gefahr für
das Land in sich trage. Wie kann man vom Regie-
rungssitz aus eine solche Schwäche der Regierung
constituiren! Man macht durch solche Äußerungen die
Socialdemokraten nur noch übermüthiger. Billiges
Brod schafft niedrige Löhne; die Agitation gegen die
niedrigen Löhne wird nicht warten lassen. Den Vor-
theil von diesem Verträge hat nicht Oesterreich, sondern
Ungarn und vor allen Dingen der ungarisch-jüdische
Getreidehändler. Durch diesen Vertrag wird der
deutsche Bauer den ungarischen Juden ausgeliefert.
(Lärm und Lachen links.) Ihre Lachen beweist, daß
Ihnen der Ernst bei so ernsten Dingen fern liegt. Ich
komme zum Schluß. (Rufe links: Bravo! Heiterkeit.)
Rufen Sie nur Bravo, dann rede ich noch eine
halbe Stunde weiter. (Heiterkeit.) Die Verträge
werden nur der Börsenspeculation neuen Anreiz geben,
es wird bald ein neuer Crash kommen. Wenn sich
dieses wiederholen, sind wir moralisch und finanziell
ruinirt. Dadurch wird lediglich die Socialdemokratie
gestärkt. Zurück zur Politik des Fürsten Bismarck
(Heiterkeit.) Ich gehöre nicht zu den Bewunderern
desselben, ich tadele es, daß ein Mann wie Reich-
röder einen solchen Einfluß auf ihn gewinnen konnte.
Aber er war tausendmal besser als die jetzige Regie-
rung. (Heiterkeit.)

Darauf werden die einzelnen Theile des österreichischen
Vertrages en bloc angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird darauf der
ganze Vertrag mit Oesterreich mit 243 gegen 48
Stimmen angenommen; fünf Abgeordnete, darunter
die conservativen Abgg. Bohly und Graf Dönhoff-
Friedrichstein, enthalten sich der Abstimmung. Mit 1 ein
haben gestimmt von den Conservativen u. a. v. Bresow,
v. Buge, Graf Carner, v. Colmar, Graf Douglas,
v. Frege, v. Friesen, v. Gerlach, v. Guffelt, Gahn,
v. Henk, v. Jagow-Potsdam, Graf Kanitz, v. Kleist-
Rethow, Aropalff, Cuh, v. Raffow, Wehner,
Wenzler, Graf Mirbach, v. Derken, von der Osten,
Graf Pückler, Gaurin von der Jellisch, Graf Schlieffen-
Schlieffenberg, Graf Schlieffen-Schwandt, v. Schöningh,
von der Schultenburg, v. Sperber und Wichmann; von
der Reichspartei Holt und v. Kardorff; von den
Nationalliberalen Brinings, Brund, Bürkin und
Glemm; ferner die fünf Antisemiten, Socialdemokraten,
Freisinnige, Centrum, Polen und Weissen stimmten ge-
schlossen für den Vertrag.

Ohne Debatten werden darauf das Viehweidenab-
kommen mit Oesterreich und die Handelsverträge mit
Italien und Belgien angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag, 12. Januar.

Deutschland.

* Berlin, 18. Dezbr. Der Bundesrath wird
vorausichtlich vor Weihnachten keine Sitzung

Abg. v. Huene (Centr.): Dem Abg. Stöcker erwidere

Gonnabend, 19. Dezember 1891.

Vermischte Nachrichten.

Sofrath Rothnagel über Influenza.

Professor Rothnagel in Wien nahm am Mittwoch die Vorführung einer Influenza-Aranken in seinem Hörsaal zum Anlass, eine längere Vorlesung über das Wesen und die Behandlung der Influenza-Epidemie zu halten. Die Influenza ist eine Affection, welche in Europa schon seit fünf Jahrhunderten constatirt ist, ja aus einzelnen Beschreibungen läßt sie sich bis ins neunte Jahrhundert zurückdatiren. Seit dem vierzehnten Jahrhundert hat sie Europa in jedem Säculum heimgesucht. Die Influenza ist eine Erkrankungsform, welche die Form der größten Pandemien annimmt, die sich noch weiter erstrecken, als bei der Cholera. Bei ihren Zügen trat die Influenza drei bis vier Jahre hindurch mit größter Behemung auf, dann wieder änderte sich der Charakter, und oft zwanzig Jahre lang ließ sie nichts von sich hören. Wenn wir nach der Geschichte vorgehen, können wir jetzt auf einige Jahre gefaßt sein, in denen die Epidemie wiederkehrte, sich über größere oder geringere Strecken verbreitet, und dann kommt wieder die Zeit, in der sie auf mehrere Jahre verschwindet. Aetiologische Bedingungen für diese Schlässe existiren nicht, diese liefert nur die Geschichte. Man könnte also sagen, daß die Epidemie jetzt wieder sich stärker ausbreiten kann, wie dies ja schon in Galizien, in Berlin, an anderen Orten Deutschlands und auch in anderen Ländern der Fall ist. Es entstehen nun die weiteren Fragen von allgemeinem Interesse: Wie weit ist man bei der Influenza gegen Rückfälle geschützt? Verleiht das einmalige Ueberstehen der Krankheit Immunität oder nicht? Hat es mehr oder weniger Disposition für die nochmalige Erkrankung zur Folge? Nach den bisherigen Beobachtungen läßt sich sagen, daß das einmalige Ueberstehen die Disposition nicht erhöht, ob es sie herabmindert, wird sich vielleicht jetzt zeigen, doch heißt es auch hier: „Non liquet“. Ueber das Eine ist man sich klar, daß die Influenza eine Infections-Krankheit ist; trotz aller bacteriologischen Untersuchungen ist bisher das spezifische Agens der Infection noch nicht ermittelt worden. Kurz, wir haben allen Beschreibungen, allen Untersuchungen zum Troste ein großes Chaos, aber keine Klarheit. Eines steht zweifellos fest, daß die Influenza entschieden miasmatisch sein kann, es wurde nämlich beobachtet, daß der große Epidemienzug sich viel schneller verbreitet, als der menschliche Verkehr. Einige Forscher gelangen zu dem Ergebnisse, daß die Affection miasmatisch und contagios ist, miasmatisch ist sie sicher, contagios wahrscheinlich. Bezüglich der Erkenntniß der Erscheinungen halten wir an der alten Eintheilung fest, wir unterscheiden eine nervöse, eine gastrische und eine katarrhalische Influenza. Das Influenza-Gift theilt mit vielen anderen Mikroben die Eigenschaft, daß es den gesammten Körper inficirt und afficirt, bei der Influenza können die verschiedensten anatomischen Gebilde erkranken. Es ist von jeher aufgefunden, daß die tödtlichen Fälle der Influenza wesentlich von der Erkrankung des Respirations-Apparates ihren Ausgang nehmen. Wir haben festzustellen, daß bei der Influenza und neben derselben eine leichte croupöse Pneumonie vorkommen kann. Abgesehen von derselben giebt es aber auch eine echte Influenza-Pneumonie, die wegen

der schweren Ergriffenheit des Herzens gefährlicher ist, als die Bronchial-Pneumonie. Die Prognose stellt sich sehr verschieden: Individuen, welche schwach sind, welche an einem Herzfehler leiden, welche tuberculös sind, erscheinen bei der Erkrankung größeren Gefahren ausgesetzt. Zum Schluß äußerte sich auch Hofrath Professor Rothnagel über die Therapie. Ein spezifisches Mittel gegen die Influenza giebt es noch nicht, sagte er diesbezüglich. Vor allem ist bei der Behandlung vor jedem Versuche mit Antipyrin und Antifebrin entschieden zu warnen. Es kommt darauf an, symptomatisch zu behandeln. Mit Rücksicht darauf, daß gerade bei Influenza-Pneumonie der Herzmuskel gleichzeitig angegriffen zu sein scheint, ist es naheliegend, mit Stimulantien vorzugehen. Digitalis, Wein, Cognac, Arrac lassen sich besonders empfehlen, auch subcutane Kampher-Injectionen. Hofrath Rothnagel besprach sodann die in einzelnen Fällen nothwendige Anwendung von Bädern und schloß seinen interessanten Vortrag mit einigen werthvollen praktischen Rathschlägen für seine ärztlichen Zuhörer.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 18. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holländ. loco fest, neuer 222-228. — Roggen loco fest, mehlensüßlicher loco neuer 220-240, russ. loco fest, neuer 188-198. Hafer ruhig. Gerste ruhig. — Rüböl unverändert, loco 62,00. — Spiritus schwach, per Debr. 40 1/2 Br., per Debr.-Jan. 40 1/2 Br., per Januar-Febr. 40 1/2 Br., per April-Mai 40 1/2 Br. — Kaffee fest. Umsatz 1500 Sack. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,70 Br., per Jan.-März 6,65 Br. — Weiter: Frost.

Hamburg, 18. Debr. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenrohruher 1. Product Basis 88% Rendement neue Ufance, f. a. B. Hamburg per Dezember 14,25, per März 14,80, per Mai 15,02 1/2, per August 15,32 1/2. Behauptet.

Hamburg, 18. Debr. Kaffee. Good average Santos per Dezember 69 1/4, per März 64, per Mai 62 1/4, per Septbr. 61. Ruhig.

Bremen, 18. Dezember. Raff. Petroleum. (Schlußbericht.) Steigend. Loco 6,20 bez.

Paris, 18. Debr. Kaffee. Good average Santos per Dezember 86,50, per März 80,00, per Mai 78,25. — Behauptet.

Frankfurt a. M., 18. Debr. Effecten-Societät. (Schluß.) Oesterreichische Credit-Actien 241 1/4, Franzosen 239 1/2, Lombarden —, ungar. Goldrente 90,30, Gotthardbahn 135,70, Disconto-Commandit 170,30, Dresdener Bank 131,90, Bochumer Gußstahl 112,20, Dortmund Union St.-Pr. —, Selsenkirchen 138,80, Harpener 148,80, Siberria 128,90, Laurahütte 106,20, 3% Portugiesen 33,10, Schwach.

Wien, 18. Dezember. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 92,45, do. 5% do. 102,30, do. Silberrente 92,05, 4% Goldrente 108,80, do. ungar. Goldrente 105,30, 5% Papierrente 101,20, 1880er Loose 137,50, Anglo-Aust. 151,50, Länderbank 197,10, Creditact. 283,37 1/2, Unionbank 223,50, ungar. Creditactien 326,50, Wiener Bankverein 106,25, Böhm. Westbahn 343, Böhm. Nordb. 185,00, Busch. Eisenbahn 468,00, Duz.-Bodenbacher —, Elbethalbahn 224,50, Ferd. Nordbahn 2805, Franzosen 280,75, Galizier 206,00, Lemberg-Cjern. 240,50, Lombard. 84,25, Nordwestb. 207,25, Pardubitzer 179,50, Alp.-Mont.-Act. 64,00, Tabakactien 158,50, Amsterd. Wechsel 97,55, Deutsche Plätze 58,00, Londoner Wechsel 117,90, Pariser Wechsel 46,80, Napoleons 9,37, Marknoten 58,00, Russische Banknoten 1,16, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 18. Debr. Getreidemarkt. Weizen auf

Termine höher, per März 263, per Mai 266. — Roggen loco unverändert, do. auf Termine höher, per März 248, per Mai 250. — Rüböl loco 31 1/2, do. per Mai 31 3/8.

Antwerpen, 18. Debr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16 1/4 bez., 16 3/8 Br., per Debr. 16 Br., per Januar-März 16 Br., per Sept.-Debr. 16 Br. Ruhig.

Antwerpen, 18. Dezember. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste unbedeilt.

Paris, 18. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Debr. 28,60, per Januar 27,00, per Jan.-April 27,50, per März-Juni 28,10. — Roggen ruhig, per Dezember 21,00, per März-Juni 22,70. — Weizen fest, per Debr. 58,20, per Jan. 58,80, per Jan.-April 59,70, per März-Juni 60,70. — Rüböl fest, per Debr. 62,25, per Januar 63,00, per Januar-April 64,50, per März-Juni 65,75. — Spiritus matt, per Debr. 48,50, per Januar 47,75, per Januar-April 47,50, per Mai-August 47,25. — Weiter: Kalt.

Paris, 18. Debr. (Schlußcourse.) 3% amortisirb Rente 96,50, 3% Rente 95,22 1/2, 4 1/2% Anl. 105,05, 5% ital. Rente 91,70, österr. Goldr. 93 3/4, 4% ung. Goldrente 91,68, 3% Orientanleihe 64,06, 4% Russen 1880 —, 4% Russen 1889 94,65, 4% unific. Aegypter 482,81, 4% span. auß. Anleihe 67 1/2, convert. Türken 18,42 1/2, türk. Loose 64,40, 5% privilegirte türk. Obligationen 418,50, Franzosen 621,25, Lombarden 200,00, Lomb. Prioritäten 317,00, Banque ottomane 549,00, Banque de Paris 722,00, Banque d'Escompte 395, Credit foncier 1235,00, do. mobilier 168, Merid.-Actien 630, Panamakanal Actien 25, do. 5% Obligat. 25, Rio Tinto-Actien 445,60, Suezkanal-Actien 2730, Gaz. Pariser 1422, Credit Lyonnais 783,00, Gaz pour le Fr. et l'Etranger 540, Transatlantique 585, Banque de France 45,70, Bille de Paris de 1871 413,00, Lab. Ottom. 343,00, 2 1/2% engl. Conf. 95 1/8, Wechsel auf deutsche Plätze 123, Londoner Wechsel 25,19, Cheques a. London 25,20 1/2, Wechsel Amsterd. kurz 206,12, do. Wien kurz 211,50, do. Madrid kurz 450,00, C. d'Escompt 528, Robinson-Actien —, Neue 3% Rente 95,07, 3% Portugiesen 33 3/4, neue 3% Russen 78 5/8.

London, 18. Debr. An der Rüste 3 Weizenladungen angeboten. — Weiter: Frost.

London, 18. Debr. (Schlußcourse.) Engl. 2 1/2% Consols 95 7/8, Br. 4% Consols 105, ital. 5% Rente 90 7/8, Lombarden 8, 4% conf. Russen von 1889 (2. Serie) 94 3/4, convert. Türken 18 3/8, österr. Silberrente 79, österr. Goldrente 92, 4% ungarische Goldrente 90 7/8, 4% Spanien 67 1/2, 3 1/2% privil. Aegypter 90 1/4, 4% unific. Aegypter 95 1/2, 3% garantierte Aegypter 101 1/4, 4 1/4% ägypt. Tributianleihe 93 3/4, 6% conf. Mexikaner 86, Ottomanbank 11 7/8, Suezactien 108, Canaba-Pacific 93, De Beers-Actien neue 14, Rio Tinto 17 3/4, 4 1/2% Rupees 73 1/8, Argentinische 5% Goldanleihe von 1886 61, do. 4 1/2% äußere Goldanleihe 30, Neue 3% Reichsanleihe 83 3/8, Silber 43 3/4, Plahdiscont 1 7/8.

London, 18. Debr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 110 410, Gerste 19 620, Hafer 34 010 Aris. Getreide im Allgemeinen sehr ruhig, fremder Weizen eher stetiger, Käufer jedoch zurückhaltend, russ. Hafer fest, eher belebter, übrige Artikel unverändert. Schwimmender amerikanischer Weizen und Mais fester.

Glasgow, 18. Novbr. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 sh. 1 1/2 d. a 47 sh. 4 1/2 d.

Glasgow, 18. Debr. Die Borräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 501 073 Tons gegen 593 123 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochofen beträgt 77 gegen 6 im vorigen Jahre.

Liverpool, 18. Dezember. (Getreidemarkt.) Weizen

1/2 d. niedriger, Mehl ruhig, Mais stetig. Wetter: Schön.

Newyork, 18. Dezember. Wechsel auf London 4,82 1/2. — Rother Weizen loco 1,07 3/8, per Debr. 1,05 3/8, per Januar 1,06 3/8, per Mai 1,08 3/8. — Mehl loco 4,25. — Mais per Debr. 54 1/2. — Zucker 4 1/4. — Fracht 3 1/8.

Newyork, 17. Debr. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,82 3/8, Cable-Transfers 4,85 1/2, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5,23 1/8, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 94 3/4, 4% fundirte Anleihe 117 1/2, Canadian-Pacific-Actien 89 3/4, Central-Pacific-Act. 32 1/8, Chicago u. North-Western-Actien 116, Chic. Mil. u. St. Paul-Actien 79 1/4, Illinois-Central-Act. 107 1/4, Lake-Shore-Pacific-Actien 125, Louisville u. Nashville-Michigan-South-Actien 125, Louisville u. Nashville-Actien 81 3/8, Newy. Lake-Erie u. Western-Actien 31 1/8, Newy. Central u. Hudson-River-Act. 118 1/4, Northern-Pacific-Preferred-Act. 69, Norfolk u. Western-Preferred-Actien 51 1/8, Atchinson Topeka und Santa Fe-Actien 43 1/4, Union-Pacific-Actien 42 7/8, Denver u. Rio-Grand-Preferred-Actien 45 1/4, Silber-Bullion 95 3/8, Baumwolle in Newyork 7 1/8, do. in New-Orleans 7 1/4, Raffin. Petroleum Standard white in Newyork 6,45 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,40 Gd., rohes Petroleum in Newyork 5,70, do. Pipeline Certificates per Jan. 58 1/8. *) Siemlich fest. Schmalz loco 6,47, do. Rohe u. Brothers 6,75. — Zucker (Fair refining Muscovados) 3 1/8 nom. Kaffee (Fair Rio-) 13 7/8, Rio Nr. 7, low ord. per Januar 12,77, per März 12,22.

*) Eröffnete 58 3/8.

Danzig, 19. Dezember.

(Vor der Börse.)

Wochen-Bericht. Das Wetter war meist bedeckt und häufig stürmisch und regnerisch; in den letzten Tagen hatten wir leichten Frost und Schneefall. — Unsere Zufuhren waren ganz gering, und sind per Bahn nur 139 Waggons — gegen 190 in der vorigen Woche und 604 gleichzeitig im vergangenen Jahre — herangekommen. Das Inland fandte 77 und Polen, Rußland und Rumänien 62 Wagen. Letztere enthielten 350 Tonnen Delsaaten, 110 Tonnen Bohnen, 40 Tonnen Erbsen, 70 Tonnen Mais, 30 Tonnen Aelce, 10 Tonnen Weizen und 10 Tonnen Lupinen. Bei Plehnendorf passirten 80 Tonnen Weizen. Seewärts gingen 400 Tonnen dänische Gerste ein. — Das Geschäft war in der letzten Woche allgemein recht schlappend und hat bereits einen Feiertagscharakter angenommen; die Preise erlitten fast überall eine weitere Einbuße. — Newyork ist mit Weizen 1 1/2-2 Cents billiger bei unveränderter Mehlmotirung. Die Abladungen von Amerika waren sehr stark und betragen 528 000 Quarters Weizen, wovon 51 Proc. nach England, 15 nach Frankreich und 34 nach den anderen Häfen des Continents bestimmt sind, gegen 388 000 Quarters in der vorhergehenden Woche und in der entsprechenden Woche 1890. Die Bestände in Amerika haben dessen ungeachtet zugenommen und belaufen sich auf 42 254 000 Bushels gegen 41 655 000 vor acht Tagen und 25 186 000 im vorigen Jahre. — England berichtete über einen sehr ruhigen Verkehr und schwach behauptete Preise von Weizen. Einheimische Gattungen befanden sich vielfach in unbefriedigender Beschaffenheit. Schwimmendes Getreide war weniger angeboten. — Auch Berlin hatte schwache Märkte und nachgebende Preise, erfuhr aber gestern eine Erholung. Der Schluß ist per Frühjahr bei Weizen 1,80 M und bei Roggen 5 M billiger. — An unserem Markt fanden in Folge des geringen Angebots auch nur sehr beschränkt Umsätze statt, und der Preisgang war vorwiegend zu Gunsten der Käufer. Transitzweizen blieb fast ganz ohne Handel, da für den Export keine Frage sich kundgiebt und, abgesehen von unserem unrentablen Preisstande, das Ausland seinen Bedarf für die nächste Zeit durch Ankäufe in Amerika gedeckt zu haben scheint. Mit Terminen sind inländische

Weizen auf alle Sichten 2 M., transit per Frühjahr 3 M. billiger. — Gehündigt wurden 50 Tonnen Weizen zum Transit. — Bezahlt ist: Inländisch bunt 117—128 1/2 217—231 M., hellbunt 120—129/30 222—232 M., weich 123—135 1/2 215—238 M., Sommer- 128 1/2—134 1/2 226 bis 232 M., polnisch zum Transit bunt 120—122/3 170 bis 183 M., hellbunt 127 1/2 190 M. Regulierungspreis zum freien Verkehr 230—229 M. zum Transit 189—188 M. Auf Lieferung per Dezember zum Transit 192 M. Br., 191 M. Gd., zuletzt 189 M. bez., per Dezbr.-Januar zum freien Verkehr 235 M. Br., 234 M. Gd., schließt 231 M. Br., 230 M. Gd., per Januar-Februar zum freien Verkehr 234 M. Br., 233 M. Gd., schließt 230 M. Br., 229 M. Gd., Febr.-März zum Transit 193 1/2 M. Br., 193 M. Gd., schließt 190 M. Br., 189 M. Gd., per April-Mai zum freien Verkehr 233 M. Br., 232 M. Gd., schließt 230 M. Br., 229 M. Gd., zum Transit 195 M. bez., schließt 192 M. Br., 191 M. Gd.

Roggen behielt seinen schwachen Consum bei und ist in effectiver Waare wenig gehandelt. Die Tendenz dafür war gleichfalls nachgebend und sind die inländischen Gattungen 3 M. und Transit 1—2 M. billiger zu notiren. Inländischer April-Mai-Roggen ging 5 M. und Transit 4 M. zurück. Bezahlt wurde per 120 1/2. Inländisch 112—117 1/2 235 M. Regulierungspreis inländisch 240—237 M., unterpoln. 192—191 M., transit 191—190 M. Gehündigt wurden 100 Tonnen Roggen zum Transit und 50 Tonnen inländische Roggen. Auf Lieferung ist zu notiren per Dezbr. zum Transit 193 M. Br., 192 M. Gd., schließt 191 M. Br., 190 M. Gd., per April-Mai inländ. 233 M. Gd., zuletzt 227 M. bez., zum Transit 198 M. Br., 197 M. Gd., schließt 193 M. Br., 192 M. Gd. — Gerste war schwer verkäuflich und die Preise blieben im gedrückten Verhältniß. Gehandelt wurde: Inländische kleine 103—106 1/2 148—163 M., grobe 105—112 1/2 150—168 M., helle 104 1/2 168 M., Chevalier 111 1/2 180 M. — Hafer inländisch 146—157 M. —

Erbfisen poln. zum Transit Mittel- 150 M., Futter- 139 M., bunte 125 M. — Wicken poln. zum Transit 108 M. — Beluschen inländ. 144 M. — Pferdebohnen inländ. 153 M., poln. zum Transit 132—137 1/2 M. — Schweinebohnen polnische zum Transit 130—133 M. — Rüben russ. zum Transit 210 M., Sommer- 195—200 M. — Raps poln. zum Transit 235 M. — Leinfaat russisch befehlt 172—178 M., fein 200 M. — Hanffaar russ. 203 M. — Senf russisch zum Transit braun befehlt 130 M. — Dotter russisch zum Transit 130—179 M. — Weizen russisch und ungarisch zum Transit 123 M. — Kleesaaten roth 38—50 M. per 50 Kilo. — Roggenkleie 6 M. per 50 Kilo. — Spiritus ist in mäßigem Angebot und die Tendenz dafür aus den schon mehrfach angeführten Gründen, dem schwachen Consum und dem fehlenden Export, Kau. Da der Abzug stockt, dürften sich die neuen Vorräthe hier und in Neufahrwasser bereits auf 1 Million Liter angesammelt haben. Nachdem in Berlin die Preise im Laufe der Woche bis 1 1/4 M. gewichen waren, ist seither wieder eine Reprise eingetreten, so daß der Schluss nur wenig billiger ist. Die hiesigen Preise sind seit acht Tagen ca. 1 M. niedriger. Zu notiren ist: Contingentirter loco 68 1/2 M. Br., nicht contingentirter loco 48 1/2 M. Br., contingentirter Dezbr. 68 M. Br., Januar-Mai 68 1/2 M. Gd., nicht contingentirter Dezbr. 48 1/2 M. Br., Januar-Mai 48 1/2 M. Gd.

Produktenmärkte.

Berlin, 18. Dezember. Weizen loco 222—235 M., per Dezember 227.50 M. per Dezbr.-Jan. 226 M., per April-Mai 222—223.50 M., per Juni-Juli 223—224 M. — Roggen loco 231—242 M., mittel inländ. 234—236 M., feiner inländ. 237—238 M. a. B., per Dezbr. 241.50—242.50 M., per Dezbr.-Jan. 238—238.50 M., per April-Mai 229.75—230.25—230 M. — Hafer loco 161—180 M., süddeutscher 162—167 M., ost- u. westpr.

162 bis 166 M., pommercher u. uckermärk. 162—166 M., schleißer 163—167 M., feiner schleißer 169—173 M. a. B., per Dezbr. 165.25—164.50 M., per Dez.-Jan. 165—163.75—164 M., per April-Mai 169.50—169—169.25 M. — Mais loco 153—176 M., per Dezember 163 M., per April-Mai 133.50 M. nom. — Gerste loco 160—205 M. — Kartoffelmehl loco 37.00 M. — Trockene Kartoffelstärke loco 36.75 M. — Feuchte Kartoffelstärke loco 21.25 M. — Erbfisen loco Futtermare 175—186 M., Kochwaare 195—250 M. — Weizenmehl Nr. 00 31.50—29.75 M., Nr. 0 28.00 bis 26.00 M. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 32.25—31.00 M., a. Marken 34.20 M., per Dezbr. 32—32.05 M., per Dezbr.-Januar 32 M., per Jan.-Febr. 32 M., per April-Mai 31.55—31.60 M. — Petroleum loco 22.5 M. — Rüböl loco mit Fah 62.7 M., per Dezember 61.7—62 M., per Dezbr.-Jan. 61.5 M., per April-Mai 60.8 M. — Spiritus ohne Fah loco unversteuert (50 M.) 70.8 M., loco unversteuert (70 M.) ohne Fah 51.3 M., per Dezbr. 51.1—50.8 M., per Dezember-Januar 50.9—51—50.7—50.8 M., per Jan.-Februar 50.8—51—50.7—50.8 M., per April-Mai 51.8—52.2—51.9—52 M., per Mai-Juni 52—52.4—52.2 M., per Juni-Juli 52.4—52.6—52.5 M., per Juli-August 52.8—53.2—53 M. per August-Sept. 52.8—53.2—53 M.

Stettin, 18. Dezbr. Getreidemarkt. Weizen fester, loco 220—231, per Dezember 232.00, per April-Mai 226.50. — Roggen fest, loco 220—230, per Dezbr. 239.00, per April-Mai 233.00. — Pommercher Hafer loco neuer 157—167. — Rüböl unverändert, loco per Dezbr. 60.50, per April-Mai 60.20. — Spiritus höher, loco ohne 50 M. Consumsteuer 69.50, 70 M. Consumsteuer 50.00, per Dezember 50.00, per April-Mai 51.60. — Petroleum loco 11.10. — Stagsbeur, 18. Dezbr. Zuderberichl. Kornzucker excl. von 92% 19.00, Kornzucker excl. 88% Rendement 18.10. Nachproducte excl. 75% Rendement 16.00.

Berliner Fondsbörse vom 18. Dezember.

Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zumest etwas niedrigeren Curfen auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls wenig günstig und boten besondere geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwickelte sich das Geschäft bei großer Zurückhaltung der Speculation sehr ruhig, doch trat in Folge von Deckungskäufen später eine kleine Befestigung und für einige Ultimowerte etwas größere Regsamkeit ein. Nach mehrfachen kleinen Schwankungen schloß die Börse schwach. Der Kapitalmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide Anlagen, deutsche Reichs- und preussische consolidirte

Anleihen mehr gefragt. Fremde, festen Zins tragende Papiere waren nemlich behauptet, aber ruhig; russische Anleihen wenig verändert, Notizen fester; Italiener schwach. Der Privatdiscont wurde mit 3/8% notirt. Auf internationalen Gebieten österröische Creditanleihe u. abgeschwächter Notiz ruhig um, Franzosen und Lombarden unter Schwankungen behauptet. Inländische Eisenbahnactien lagen schwach und sehr ruhig. Bankactien ruhig. Industriepapiere wenig verändert, theilweise abgeschwächt und im allgemeinen still. Montanwerthe schwächer.

Deutsche Fonds.	
Deutsche Reichs-Anleihe	4 105.75
do. do.	3 1/2 98.10
do. do.	3 84.40
Konolidirte Anleihe	4 105.60
do. do.	3 1/2 98.25
do. do.	3 84.50
Staats-Schuldcheine	3 1/2 99.90
Österrö. Prov.-Oblig.	3 1/2 92.80
Westpr. Prov.-Oblig.	3 1/2 92.80
Landsh. Centr.-Pfdbbr.	3 1/2 94.50
Österrö. Pfandbriefe	3 1/2 94.10
Pommersche Pfandbr.	3 1/2 94.90
Polsische neue Pfdbbr.	4 100.80
do. do.	3 1/2 94.60
Westpreuß. Pfandbriefe	3 1/2 94.20
do. neue Pfandbr.	3 1/2 94.20
Pomm. Rentenbriefe	4 102.09
Polsische do.	4 101.80
Preussische do.	4 101.80

Rumänische amort. Anl.	
do. 4% Rente	4 97.00
do. 4% Rente	4 82.60
Türk. Admin.-Anleihe	5 84.70
Türk. conv. 1% Anl. C. A. D.	1 18.15
Serbische Gold-Pfdbbr.	5 88.75
do. Rente	5 84.50
do. neue Rente	5 85.25
Griech. Goldanl. v. 1890	5 72.25
Mexican. Anl. d. v. 1890	6 83.70
do. Eisenb. St.-Anl. (1 Cfr. = 20.40 M.)	5 70.50
Rom II.-VIII. Serie (gar.)	4 81.00

Hypotheken-Pfandbriefe.	
Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4 99.50
do. do.	3 1/2 —
Dtsch. Grundsch.-Pfdbbr.	4 100.80
Hamb. Hypoth.-Pfdbbr.	4 101.00
Reininger Hyp.-Pfdbbr.	4 100.80
Nordd. Grd.-Cd.-Pfdbbr.	4 100.60
Pomm. Hypoth.-Pfdbbr. neue gar.	4 —
do. do. do.	3 1/2 —
III. IV. Em.	4 101.00
V. VI. Em.	4 101.00
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bh.	4 1/2 114.90
Pr. Central-Bod.-Cr.-B.	4 100.70
do. do. do.	3 1/2 92.20
do. do. do.	4 —
Pr. Hypoth.-Actien-Bh.	4 101.10
Pr. Hypoth.-B.-A.-G.-C.	4 1/2 100.50
do. do. do.	4 100.70
do. do. do.	3 1/2 92.90
Stettiner Nat.-Hypoth.	5 —
do. do.	4 1/2 101.40
do. do.	4 99.20
Ruff. Bod.-Cred.-Pfdbbr.	5 99.80
Ruff. Central-	5 86.80

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.	
Div. 1890.	
Aachen-Maastricht	3 60.50
Mainz-Ludwigshafen	4 1/2 111.50
Mariemb.-Mamk. St.-A.	1 49.75
do. do. St.-Pr.	5 105.10
Österrö. Südbahn	1/8 66.60
do. St.-Pr.	5 107.25
Saal-Bahn St.-A.	5 29.00
do. St.-Pr.	4 1/2 101.10
Stargard-Polen	4 1/2 102.50
Weimar-Gera gar.	3 1/3 15.10
do. St.-Pr.	3 1/3 85.40
Galizier	4 88.80
Gotthardbahn	6 1/5 —

Lotterie-Anleihen.	
Bad. Prämien-Anl. 1867	4 135.10
Baier. Prämien-Anleihe	4 138.30
Braunsch. Br.-Anleihe	— 101.80
Goth. Präm.-Pfdbbr.	3 1/2 109.25
Hamburg. 50 Jhr.-Loose	3 139.00
Holl.-Wind. Pr.-G.	3 1/2 130.10
Lübeker Präm.-Anleihe	3 1/2 124.60
Österr. Loose 1854	4 —
do. Cred.-L. v. 1858	5 321.25
do. Loose von 1860	5 120.40
do. do. 1864	— 309.75
Oldenburger Loose	5 124.75
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3 1/2 154.00
Raab-Graz 100 J.-Loose	4 103.90
Ruß. Präm.-Anl. 1864	5 147.50
do. do. von 1866	5 137.00
Ung. Loose	— 242.40

Ausländische Prioritäten.	
Gotthard-Bahn	5 101.80
Italien. 3% gar. C.-Pr.	3 55.50
Ruß. Oöberb.-Gold-Pr.	4 95.00
Kronpr.-Rudolf-Bahn	4 81.80
Defterr.-Fr.-Staatsb.	3 82.70
Defterr. Nordwestbahn	5 91.30
do. Elbthal.	5 90.90
Südböhr. B. Lomb.	3 62.25
do. 5% Oblig.	5 102.20
Ungar. Nordostbahn	5 86.70
do. do. Gold-Pr.	5 102.60
Antol. Bahnen	5 84.40
Bresl. Grajewo	5 94.00
Aursk-Charkow	4 88.20
Aursk-Kiem	4 88.25
Rosko-Rijän	4 90.70
Mosko-Smolensk	5 99.50
Orient. Eisenb.-B.-Dbl.	4 1/2 97.00
Rijän-Goslow	5 86.25
Warschau-Teresopol	5 99.50
Oregon Railw. Nav. Bds.	5 93.00
Northern-Pacif.-Eis. III.	6 105.00
do. do.	5 83.20

Bank- und Industrie-Actien, 1890.	
Berliner Cassen-Berein	136.25 7 1/4
Berliner Handelsgef.	129.00 9 1/2
Berl. Brod. u. Hand.-A.	— —
Bremer Bank	103.80 6
Bresl. Discontibank	89.90 6
Danziger Privatbank	132.10 8 1/4
Darmstädter Bank	123.75 9
Deutsche Genossensch.-B.	119.10 7
do. Bank	147.10 10
do. Effecten u. W.	108.20 8
do. Reichsbank	143.75 8.81
do. Hypoth.-Bank	110.30 6 1/2
Disconto-Command.	117.80 11
Gotthard Grundcr.-Bk.	82.00 —
Hamb. Commers.-Bank	— 5
Hannöversche Bank	110.00 5 1/3
Königsb. Berems-Bank	94.00 4
Lübeker Comm.-Bank	115.50 7
Magdbg. Privat-Bank	98.80 6 1/2
Reininger Hypoth.-B.	99.60 —
Norddeutsche Bank	136.50 8 1/2
Defterr. Credit-Anstalt.	— 10 1/8
Pomm. Hyp.-Act.-Bank	— —
do. do. conv. neue	109.50 —
Pofener Provinz.-Bank	— 6 1/2
Preuß. Boden-Credit	119.90 7
Pr. Centr.-Boden-Cred.	147.80 10
Schaffhaus. Bankverein	103.80 6
Schleißer Bankverein	109.00 7
Südd. Bod.-Credit-Bh.	158.30 6 1/2

A. B. Omnibusgesellschaft.	
Gr. Berl. Pferdebahn	206.75 12 1/2
Berlin. Bappen-Fabrik	225.00 12 1/2
Wilhelmshütte	93.90 7
Oberstet. Eisenb.-B.	60.25 —
—	54.90 5

Berg- u. Hüttengesellschaften.	
Div. 1890	
Dortm. Union-St.-Prior.	— —
Rönigs- u. Laurahütte	106.90 —
Stolberg. Zink	53.20 3 1/2
do. St.-Pr.	120.30 8 1/2
Victoria-Hütte	— —

Wechsel-Cours vom 18. Dezbr.	
Amsterd.	8 Tg. 3 168.00
do.	2 Mon. 3 167.60
London	8 Tg. 3 1/2 20.31
do.	3 Mon. 3 1/2 20.235
Paris	8 Tg. 3 80.85
Brüssel	8 Tg. 3 80.55
do.	2 Mon. 3 80.20
Wien	8 Tg. 5 172.15
do.	2 Mon. 5 170.75
Petersburg	3 Wch. 6 198.90
do.	3 Mon. 6 187.00
Warschau	8 Tg. 5 199.75

Discont der Reichsbank 4 1/2%.	
Sorten.	
Dukaten	9.74
Sovereigns	—
20-Francs-St.	—
Imperials per 500 Gr.	—
Dollar	—
Englische Banknoten	20.295
Französische Banknoten	80.65
Oesterröische Banknoten	172.50
Russische Banknoten	200.75